



Rechtsreferent Wolfgang Schörnig (hier auf einem Archivbild mit OB Wolbergs) informierte gestern die Medien über die Ermittlungen. Foto: Archiv

„OB hat ein reines Gewissen“

So erklärte die Stadt die Ermittlungen

Von Christian Eckl

Regensburg. Hausdurchsuchung im Regensburger Rathaus! 69 Beamte durchsuchten am gestrigen Dienstag sowohl die Privaträume, als auch die Dienstzimmer des Regensburger Oberbürgermeisters Joachim Wolbergs (siehe nebenstehenden Artikel). Der Vorwurf: Vorteilsannahme! 500.000 Euro sollen drei Immobilienunternehmen aus Regensburg an die SPD Stadtsüden gespendet haben, angeblich, damit Wolbergs in seinem Amt als Oberbürgermeister, in das er im Frühjahr 2014 gewählt wurde, Entscheidungen zu ihren Gunsten treffen würde.

Die Staatsanwaltschaft aber betont: Es liege bislang nur ein Anfangsverdacht vor, es gelte die Unschuldsvermutung. Doch Wolbergs, vor allem aber auch die Stadt, sind nun in Erklärungsnot. Für die Erklärungen war indes am gestrigen Dienstag der Rechtsreferent der Stadt Regensburg, Wolfgang Schörnig, zuständig.

Der setzte sich im Alten Rathaus zusammen mit Stadtsprecherin Juliane von Roenne-Styra vor die Presse und erläuterte die Sicht der Stadt Regensburg. Wolbergs indes war auf beiden Handys nicht zu erreichen. SPD-Fraktionsvorsitzender Norbert Hartl erfuhr vom Wochenblatt von den Ermittlungen. „Ich falle aus allen Wolken“, sagte Hartl zu dieser Zeitung.

Auch gegen die Spender wird jetzt ermittelt

Schörnig schilderte den Ablauf des gestrigen Tages so: „Wir haben ein Gespräch mit der Staatsanwaltschaft geführt und haben uns darauf geeinigt, dass jede Kooperation, die gewünscht wird, geleistet wird“, so Schörnig. Alle Unterlagen, die gewünscht waren, wurden von Seiten der Stadt geliefert. „Es ist in unserem Interesse, dass dieses Verfahren transparent und zügig durchgeführt wird“, sagte Schörnig weiter. Es habe für Wolbergs „auch eine politische Auswirkung, da er in den Ermittlungen als Beschuldigter geführt wird“, so Schörnig weiter. Wolbergs habe sofort „jede Transparenz

angeboten.“ Wolbergs bedauere, „dass es zu diesem Verdacht gekommen ist. Er hat ein reines Gewissen, er kann sich nichts vorwerfen und weist darauf hin, dass sämtliche Baugenehmigungen, sämtliche Erschließungsbeträge im Planungsausschuss von den Stadträten beschlossen wurden“, so Schörnig weiter. Die Sitzungen des Planungsausschusses seien ja sogar im Internet übertragen worden.

Der Oberbürgermeister gehe derzeit seinen Geschäften nach wie sonst auch. „Das ist heute für uns alle überraschend gekommen“, sagte Schörnig weiter. Nach Angaben des Rechtsreferenten habe der OB dennoch veranlasst, dass der Rechtsreferent die Öffentlichkeit informiert. „Wir stehen am Anfang eines Ermittlungsverfahrens und deshalb kann er derzeit nichts dazu sagen“, so Schörnig weiter. Die Staatsanwaltschaft untersuche Bauvorhaben seit den Jahren 2011, diese Unterlagen der Stadt habe man übergeben. Überprüft werden laut Schörnig alle Bauvorhaben von drei Unternehmen, die in den letzten fünf Jahren durchgeführt wurden.

Staatsanwalt ermittelt gegen Wolbergs: Spenden-Affäre?

Ungereimtheiten bei Spenden von drei Firmen über 500.000 Euro: Durchsuchung

Regensburg. Die Staatsanwaltschaft Regensburg hat am Dienstag, 14. Juni, in einem Ermittlungsverfahren wegen Vorteilsannahme und Vorteils-gewährung Diensträume der Stadt Regensburg sowie Privat- und Geschäftsräume in Regensburg durchsucht.

Das Ermittlungsverfahren wegen Vorteilsannahme richtet sich gegen den Oberbürgermeister der Stadt Regensburg, Joachim Wolbergs. Ihm liegt zur Last, von drei Unternehmen aus der Immobilienbranche seit 2013 insgesamt über 500.000 Euro Spendengelder für den SPD-Ortsverein Regensburg-Stadtsüden als dessen Vorsitzender entgegengenommen zu haben. Dabei besteht der Anfangsverdacht, dass diese Spenden nicht nur einer strafflosen politischen „Landschaftspflege“ dienen, sondern der Oberbürgermeister dazu veranlasst werden sollte, seinen Einfluss bei anstehenden Entscheidungen der Stadt über verschiedene Bauvorhaben im Sinne der Spender auszuüben. Auf Seiten der Spender wäre dies strafbar als Vorteils-gewährung. Deswegen richtet sich das Ermittlungsverfahren auch gegen die drei Verantwortlichen der spendenden Unternehmen. Dabei wird auch deren früheres Spendenverhalten überprüft.

Der Tatverdacht gründet sich vor allem auf den Umstand, dass es sich um hohe Spenden



OB Joachim Wolbergs hat es mit der Staatsanwaltschaft zu tun: Ist bei der Annahme von Spenden alles mit rechten Dingen zugegangen? Foto: ce

handelte, die vermutlich in Einzelbeträge unterhalb von 10.000 Euro aufgespalten wurden, um die andernfalls vorgeschriebene Veröffentlichung des Spendernamens und der Höhe der Spende im Rechenschaftsbericht der Partei zu umgehen. Der sogenannte Schutzzweck der maßgeblichen Strafvorschriften der Paragraphen 331 und 333 des Strafgesetzbuches ist es, bereits den Anschein der Käuflichkeit amtlicher Entscheidungen zu vermeiden.

SPD-Landesverband brachte Stein ins Rollen

Die Ermittlungen kamen durch eine förmliche Mitteilung eines Mitglieds des SPD-Landesverbandes Bayern in Gange, das auf Landesebene mit der Überprüfung des Rechenschaftsberichts des Ortsvereins

Regensburg-Stadtsüden befasst war.

Auf der Grundlage dieses Sachverhalts hat die Staatsanwaltschaft beim Ermittlungsrichter des Amtsgerichts Regensburg die Durchsuchungsbeschlüsse erwirkt, die durch 69 Beamte der Kriminalpolizeiinspektion Regensburg und sieben Staatsanwälte vollzogen wurden.

„Dabei ist zu betonen, dass es sich lediglich um einen Anfangsverdacht handelt. Die anstehende Auswertung der sichergestellten Unterlagen wird ergeben, ob sich dieser bestätigt oder nicht. Zur Fortführung der Ermittlungen und zur Vermeidung eines Beweismittelverlustes war es aber unerlässlich, diese Maßnahmen jetzt zu ergreifen, die zwangsläufig mit einem öffentlichen Bekanntwerden der Vorwürfe einhergehen“, so die Staatsanwaltschaft.